

1. VII. 1919

MS

ost.

Morgenbl. allein: monatl. K 6.—  
 vierteljährlich . . . 18.—  
 Morgenblatt u. Wiener Stimmen  
 monatlich . . . . . K 8.—  
 vierteljährlich . . . . . 24.—  
 Morgenblatt, Wiener Stimmen  
 und Neues Montagblatt  
 monatlich . . . . . K 9.—  
 vierteljährlich . . . . . 27.—  
 Bei täglich zweimaliger Post-  
 versendung  
 Morgenblatt u. Wiener Stimmen  
 monatlich . . . . . K 8,70  
 vierteljährlich . . . . . 26.—  
 Morgenblatt, Wiener Stimmen  
 und Neues Montagblatt  
 monatlich . . . . . K 9,70  
 vierteljährlich . . . . . 29.—  
 Für Deutschland:  
 Morgenblatt allein:  
 vierteljährlich . . . . . K 23.—  
 Morgenblatt u. Wiener Stimmen  
 vierteljährlich . . . . . K 25.—

### Ihr erster Voranschlag.

Von Stadtrat Karl Baugoin.

Der erste Voranschlag, den die sozialdemokratische Mehrheit im Wiener Gemeinderate vorlegte, weist als unbedecktes Defizit 403 Millionen Kronen auf, eine Ziffer, die größer ist, als in Friedenszeiten die ansehnliche Summe der Gesamteinnahmen der Stadt. Bis zu diesem Voranschlag war der Haushalt der Stadt Wien stets in Ordnung. Selbst die schwierigen Verhältnisse während des Krieges, welche die Gemeinde vor große und völlig neue Aufgaben stellten, konnten dem gesunden finanziellen Aufbau der von der christlichsozialen Verwaltung auf feste wirtschaftlichen Grundlagen gestellten städtischen Finanzgebarung nicht viel anhaben. Erst Umsturz und Zerummierung des Staates brachten das stolze Wiener Werk auf die schiefe Ebene. Von der Zeit an ging es rasend bergab. In den Ziffern des Voranschlages zeigt sich sehr deutlich, daß Wien, als Hauptstadt wirtschaftlich innig verwoben mit dem ganzen Staate, mit dessen Untergang außerordentlich schwer wirtschaftlich betroffen worden ist. Alle Erscheinungen, die in den Ausgabe-posten in riesigen Summen zum Ausdruck kommen, sind Folgen der Niederlage und der Zerreißung des Staates.

Bis zum November 1918 waren alle städtischen Unternehmungen aktiv und führten Millionen an die eigenen Kassen der Stadt Wien ab. Wie mit einem Schlage änderte sich um diese Zeit dieses Bild. Die Rohmaterialien stiegen sprunghaft von Tag zu Tag, die Löhne und Gehälter der Angestellten mußten fortwährend erhöht werden, da die Lebenshaltung eine noch nicht dagewesene Teuerung erreichte. Seit dem Einzuge der sozialdemokratischen Herrschaft wechselt eine Gehaltserhöhung mit der anderen, ein Keil treibt den anderen, ohne daß dadurch den Angestellten der Gemeinde wirklich geholfen wäre. Das Nebeneinander, ja oft das Gegeneinander der einzelnen Gewerkschaften in ihren Kollektivverträgen führt zu einer widerspruchsvollen Besoldung der Gemeindeangestellten, zur Unzufriedenheit und dabei auch zum wirtschaftlichen Ruin der Gemeinde. Erscheinungen, vor denen ich bereits im Februar d. J. im Angestelltenausschuß gewarnt habe und denen durch eine einheitliche Regulierung der Gehälter von 22.000 städtischen Angestellten am 24. April d. J. noch unter christlichsozialer Mehrheit teilweise vorgebeugt wurde. Ich wollte damals alle 40.000 Angestellte einheitlich in ihren Bezügen nach Gruppen einteilen, leider stieß ich dabei auf den größten Widerstand

der sozialdemokratischen Komiteemitglieder. So erfüllte sich das, was ich vorausgesagt habe. 22.000 Angestellte der Gemeinde, u. zw. Beamte, Lehrer und eine riesenanzahl von Arbeitern, die einheitlich in Gruppen zusammengefaßt wurden, erhielten eine Mehrerhöhung von 88 Millionen Kronen; daneben wurden für 18.000 städtische Angestellte Kollektivverträge geschlossen, u. zw. wieder je nach den Unternehmungen und Branchen unabhängig voneinander, Lohnregulierungen, welche für diese Angestellten heute schon 130 Millionen Kronen Mehraufwand erfordern, ohne daß dieselben dadurch zufriedengestellt wären. Denn es fehlt eine systematische, der Arbeit, Verantwortung und Vorbildung entsprechende Abstufung.

Man hätte trotz der geschilderten Verhältnisse annehmen müssen, daß gerade die jetzige Partei ein Budget nach sozialen Gesichtspunkten, frei vom fiskalischen Einschlag aufstellen würde, welches das Volkswohl an erste Stelle setzt und bei starker Heranziehung der großen Vermögen die Belastung des Mittel- und Arbeiterstandes möglichst vermeidet. In solchem Falle wäre auch ein Abgang zu rechtfertigen. Aber was wir zu sehen bekommen haben, ist das sozial ärmste Budget, daß seit 22 Jahren auf den Tisch des Gemeinderates gelegt wurde. Keine Schulen, keine Bäder, keine sozialen oder sanitären Einrichtungen. Am allerwenigsten ist von der Erfüllung jener sozialen Forderungen zu sehen, die die Sozialdemokraten programmatisch gestrichen. Auch Parkanlagen und Kindergärten wurden gestrichen und es ging uns schlecht, wenn die Christlichsozialen auf diesen Gebieten städtischer Gesundheitspolitik und Jugendpflege nicht reichlich vorgesorgt hätten. Die Kanalisierungsarbeiten weisen einen lächerlichen Betrag auf; bei vielen Bezirken, so auch bei dem großen Bezirke Hietzing, der dringend vieler Kanäle bedarf, ist kein Heller dafür in den Voranschlag gebracht. Ebenso ärmlich ist die Vorsorge für Straßenherstellungen und doch sind die Wiener Straßen durch den Krieg und die Kriegsfuhrwerke in einem Zustande, der schleuniger Abhilfe bedürfte.

Vergessen sind alle Deklamationen sozialdemokratischer Wahlausrufe über die von den Christlichsozialen geduldete unhygienische Straßensäuberung und Staubentwicklung dabei, die mangelhafte Kehrichtabfuhr. Ich suchte wie ein Diogenes mit der Laterne im Budget die Erfüllung dieser Versprechen und fand sie nicht. Die christlichsoziale Partei hat ein großzügiges Straßen- und Pflasterungsprogramm schon vor dem Kriege aufgestellt, wonach

die Wiener Straßen fuglos gepflastert werden sollten; ins neue Budget ist nichts davon übernommen worden. Die Millionen, die für Wohlfahrtspflege, Kinderfürsorge, Tuberkulosen-Heimstätten im Voranschlag erscheinen, sind sämtlich nur der Fortbau der bereits von der christlichsozialen Partei begonnenen Werke, des städtischen Jugendamtes, der Kinderhorte Oberhollabrunn und Steinklamm, das Tuberkulosen-Rekonvaleszentenheim in Lainz und alle andere Wohlfahrts-einrichtungen, die man füglich nicht fallen lassen konnte.

Auch in der Gestaltung der Einnahmen ist kein neuer, irgendwie sozialer Zug; im Gegenteil: der vorletzte Sonntag erschreckte die Bevölkerung mit der Nachricht einer großen bevorstehenden Mietzinshöhererhöhung und einer riesigen Mietzinshöhererhöhung. Dieser Plan wurde durch den Unwillen der Bevölkerung fogleich abgewendet. Es ereignete sich in der Folge der bisher noch nie dagewesene Vorgang, daß der Stadtrat fast das Budget zu Ende beraten hatte, ohne daß der Referent selbst wußte, wie das 400-Millionen-Defizit gedeckt werden sollte. Es bedurfte der energischen Aufforderung der christlichsozialen Stadtratsmitglieder, die Regierung aufmerksam zu machen, daß der wirtschaftliche Ruin Wien unsehbar auch den wirtschaftlichen Untergang des Staates bedeuten würde und die sozialdemokratische Mehrheit zu veranlassen, daß sie sich an dem erfolgreichen Schritte beim Staatssekretär für Finanzen beteilige. Daß die staatliche Hilfe nur als eine Notbedeutung angesehen werden kann, der rasch andere finanzielle Maßnahmen folgen müssen, ist klar. Solche Vorschläge sind bis nun von der Mehrheit nicht gemacht. Vizebürgermeister Emmerling meint in einer Reform der Verwaltung Abhilfe zu finden. Ich glaube, daß das Uebel an der Wurzel gefaßt werden muß, d. h. es sind die Ursachen der riesigen Teuerung und der Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Notwendig ist aber auch, daß die maßgebenden Faktoren des Staates, des Landes und der Stadt sich darüber klar werden, daß die Existenz gegenseitig aufs innigste verwoben ist und der Untergang des einen auch den Untergang des anderen bedeuten würde. Es sind Fragen grundlegender Natur zu bereinigen.

Eine Hauptursache der finanziellen Not und des Elendes, unter dem die Bevölkerung leidet, ist die Geldentwertung. Ein Staat, dessen Valuta kaum ein Sechstel der Valuta der neutralen Schweiz wert ist, dessen Krone kaum zwei Drittel der tschecho-slowakischen Krone an Wert darstellt, kann wirtschaftlich nicht konkurrenzfähig